

Stadt Wien beruft gegen UVP-Bescheid

Überraschend | Trotz anderslautender Ankündigung beeinsprucht die Bundeshauptstadt die dritte Piste. Dialogforum ist sich irritiert.

Von Gerald Burggraf

FLUGHAFEN | Aufgrund von 26 Beeinspruchungen gegen die dritte Piste am Flughafen Wien-Schwechat geht das Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) nun an den Umweltsenat (die NÖN berichtete).

Wie jetzt bekannt wurde, birgt jedoch eine Berufung besondere Brisanz - und zwar jene der Stadt Wien. Denn bisher kommunizierte Erich Valentin, Wiener Gemeinderat und Vorsitzender des Umweltausschusses sowie Vertreter der Stadt Wien im Dialogforum, stets die Zustimmung der Bundeshauptstadt zum positiven UVP-Bescheid.

Unter dem Motto „Wien sagt ja, aber“ sagte er eine grundsätzliche Zustimmung zu, forderte zeitgleich aber mehr Schutz der dicht besiedelten Gebiete Wiens. Damit war vor allem für die Dialogforums-Mitglieder

klar, dass die gemeinsame Linie eines Nicht-Einspruches auch von den Vertretern der Bundeshauptstadt mitgetragen wird. Vielmehr setzte man auf die Ergebnisse aus dem Mediationsvertrag und dessen Umsetzung abseits der gesetzlichen Bestimmung aus dem UVP-Bescheid.

Unmut im Dialogforum ist enorm groß

Der nunmehrige Einspruch sorgt daher für gehörig Unmut innerhalb des Dialogforums. Mit einem offenen Brief an Valentin stellten dies Alfred Höllrigl und Erich Kohlhauser von der ARGE gegen Fluglärm unmissverständlich klar.

Darin forderten sie eine Erklärung, warum der Wiener Gemeinderat die Berufung eingebracht habe, obwohl man von Vertretern der Stadt Wien am Einreichtag informiert worden

sei, dass es keinen Einspruch geben werde. Sie stellten auch die Glaubwürdigkeit der Bundeshauptstadt infrage. Zudem sieht die ARGE grundsätzliche Statuten des Dialogforums verletzt.

Erich Valentin reagierte seinerseits ebenfalls mit einem offenen Brief auf die Vorwürfe der ARGE-Protagonisten. So betont er, nie eine andere Sichtweise vertreten zu haben. Der Einspruch sei eingebracht worden, um auch in der zweiten Instanz, dem Umweltsenat, Parteistellung zu haben. Höllrigl und Kohlhauser verweisen hierbei jedoch auf ein Gutachten des Flughafens, das allen Anrainergemeinden die Parteistellung garantiert. Für die Stadt Wien habe dieses Gutachten aber aufgrund formaler und inhaltlicher Gründe keine Relevanz, erläutert Valentin. Die weitere Zusammenarbeit im Dialogforum sieht er zudem nicht gefährdet.